

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

120. Sitzung

Berlin, Freitag, den 9. Juli 2004

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Hermann Bachmaier und Peter Rzepka	10939 A	gegen das Gesetz über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 (Zuteilungsgesetz 2007 – ZuG 2007)	
Tagesordnungspunkt 1:		(Drucksache 15/3576)	10939 C
Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums		Namentliche Abstimmung	10943 A
(Drucksache 15/3575)	10939 B	Ergebnis	10942 B
Namentliche Abstimmung	10940 B	Nächste Sitzung	10945 A
Ergebnis	10940 C	Berichtigungen	10946 A
Tagesordnungspunkt 2:		Anlage 1	
Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates		Liste der entschuldigten Abgeordneten	10949 A
		Anlage 2	
		Amtliche Mitteilungen	10949 C

(A)

(C)

120. Sitzung

Berlin, Freitag, den 9. Juli 2004

Beginn: 13.30 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse:

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst möchte ich zwei Kollegen gratulieren. Der Kollege **Hermann Bachmaier** feierte am 5. Juli seinen 65. Geburtstag und der Kollege **Peter Rzepka** am 7. Juli seinen 60. Geburtstag. Herzliche Glückwünsche des Hauses im Nachhinein!

(Beifall)

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die für die heutige Sitzung vorgesehenen Verhandlungsgegenstände liegen noch nicht vor. Es sind zwei Anträge auf Zurückweisung von Einsprüchen des Bundesrates eingebracht worden, über die wir erst abstimmen können, wenn uns die Beschlüsse des Bundesrates offiziell zugeleitet worden sind.

Ich unterbreche deshalb zunächst die Sitzung. Sie wird alsbald nach Ende der Sitzung des Bundesrates wieder eröffnet werden. Der Wiederbeginn der Sitzung wird Ihnen rechtzeitig durch Klingelsignal und Hausruf bekannt gegeben.

(Unterbrechung von 13.31 bis 15.17 Uhr)

Präsident Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir haben heute als einzige Tagesordnungspunkte die Anträge auf den Drucksachen 15/3575 und 15/3576 zur Zurückweisung von Einsprüchen des Bundesrates zu behandeln.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf:

- 1 Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums

– Drucksache 15/3575 –

- 2 Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 (Zuteilungsgesetz 2007 – ZuG 2007)

– Drucksache 15/3576 –

Der Präsident des Bundesrates hat schriftlich mitgeteilt, dass der Bundesrat beschlossen hat, gegen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums sowie gegen das Zuteilungsgesetz 2007 Einspruch einzulegen. (D)

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Schon sehr merkwürdig, diese Entscheidung!)

Es liegen zwei Anträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Zurückweisung der Einsprüche des Bundesrates vor.

Bevor wir gleich zur Abstimmung über die Anträge kommen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Abstimmungsverfahren.

(Unruhe)

– Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten Sie einen Moment lang zuhören. – Es ist jeweils namentliche Abstimmung verlangt. Nach Art. 77 Abs. 4 des Grundgesetzes ist für die Zurückweisung eines Einspruchs des Bundesrates die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages erforderlich. Das sind mindestens 301 Stimmen. Wer den Einspruch zurückweisen will, muss mit Ja stimmen.

Sie benötigen außer Ihren Stimmkarten auch Ihre Stimmausweise in den Farben Blau und Rot. Die Farbe des zu verwendenden Stimmausweises werde ich bei der jeweiligen Abstimmung bekannt geben. Die Stimmausweise können Sie, soweit noch nicht geschehen, Ihrem Stimmkartenfach entnehmen. Bitte achten Sie darauf, dass Stimmkarten und Stimmausweise Ihren Namen tragen. Bevor Sie Ihre Stimmkarte in die Urne werfen, übergeben Sie bitte den jeweiligen Stimmausweis einem

(A) der Schriftführer an den Urnen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer bitte ich, darauf zu achten, dass Stimmkarten nur von Kolleginnen und Kollegen in die Urne geworfen werden dürfen, die vorher ihren Stimmausweis in der richtigen Farbe abgegeben haben.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, also zu Tagesordnungspunkt 1: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums. Sie benötigen Ihren Stimmausweis in der Farbe Blau. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Plätze besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir kommen zur zweiten namentlichen Abstimmung, Tagesordnungspunkt 2: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zuteilungsgesetz 2007, Drucksache 15/3576. Sie benötigen jetzt Ihren Stimmausweis in der Farbe Rot. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer,

die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist erfolgt. (C) Dann eröffne ich die Abstimmung.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abgestimmt? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 15.30 bis 15.42 Uhr)

Präsident Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Das Warten hat ein Ende. Ich gebe die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der Abstimmung zu dem Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums, Drucksache 15/3575. Abgegebene Stimmausweise 555, abgegebene Stimmen 555. Mit Ja haben gestimmt 305, mit Nein haben gestimmt 250, Enthaltungen keine. Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(B) (D)

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	554;	Lothar Binding (Heidelberg)
davon		Kurt Bodewig
ja:	305	Gerd Friedrich Bollmann
nein:	249	Klaus Brandner
		Willi Brase
		Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Ja		Hans-Günter Bruckmann
SPD		Edelgard Bulmahn
Dr. Lale Akgün		Marco Bülow
Gerd Andres		Ulla Burchardt
Ingrid Arndt-Brauer		Dr. Michael Bürsch
Rainer Arnold		Hans Martin Bury
Hermann Bachmaier		Hans Büttner (Ingolstadt)
Ernst Bahr (Neuruppin)		Marion Caspers-Merk
Doris Barnett		Dr. Peter Danckert
Dr. Hans-Peter Bartels		Dr. Herta Däubler-Gmelin
Eckhardt Barthel (Berlin)		Karl Diller
Klaus Barthel (Starnberg)		Martin Dörmann
Sören Bartol		Peter Dreßen
Sabine Bätzing		Elvira Drobinski-Weiss
Uwe Beckmeyer		Detlef Dzembitzki
Klaus Uwe Benneter		Sebastian Edathy
Dr. Axel Berg		Siegmund Ehrmann
Ute Berg		Hans Eichel
Hans-Werner Bertl		Marga Elser
Petra Bierwirth		Gernot Erler
Rudolf Bindig		Petra Ernstberger
		Karin Evers-Meyer
		Annette Faß

Elke Ferner	Gustav Herzog
Gabriele Fograscher	Petra Heß
Rainer Fornahl	Monika Heubaum
Gabriele Frechen	Gisela Hilbrecht
Dagmar Freitag	Gabriele Hiller-Ohm
Lilo Friedrich (Mettmann)	Stephan Hilsberg
Iris Gleicke	Gerd Höfer
Günter Gloser	Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Uwe Göllner	Walter Hoffmann (Darmstadt)
Renate Gradistanac	Iris Hoffmann (Wismar)
Angelika Graf (Rosenheim)	Frank Hofmann (Volkach)
Dieter Grasedieck	Eike Hovermann
Monika Griefahn	Klaas Hübner
Kerstin Griese	Christel Humme
Gabriele Groneberg	Lothar Ibrügger
Achim Großmann	Brunhilde Irber
Wolfgang Grotthaus	Renate Jäger
Karl-Hermann Haack (Extertal)	Jann-Peter Janssen
Hans-Joachim Hacker	Klaus-Werner Jonas
Bettina Hagedorn	Johannes Kahrs
Klaus Hagemann	Ulrich Kasparick
Alfred Hartenbach	Dr. h.c. Susanne Kastner
Michael Hartmann (Wackernheim)	Ulrich Kelber
Nina Hauer	Hans-Peter Kemper
Hubertus Heil	Klaus Kirschner
Reinhold Hemker	Hans-Ulrich Klose
Rolf Hempelmann	Astrid Klug
Dr. Barbara Hendricks	Dr. Heinz Köhler (Coburg)
	Walter Kolbow

- (A) Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Anette Kramme
Ernst Kranz
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Horst Kubatschka
Ernst Kühler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann
Gabriele Lösekrug-Möller
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dirk Manzewski
Tobias Marhold
Lothar Mark
Caren Marks
Hilde Mattheis
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Petra-Evelyne Merkel
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Ursula Mogg
- (B) Christian Müller (Zittau)
Michael Müller (Düsseldorf)
Gesine Mulhaupt
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Volker Neumann (Bramsche)
Dietmar Nietan
Dr. Erika Ober
Holger Ortel
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Karin Rehbock-Zureich
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-
Hanewinkel
Walter Riester
Reinhold Robbe
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Gerhard Rübenkönig
Ortwin Runde
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Thomas Sauer
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Gudrun Schaich-Walch
- Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Otto Schily
Horst Schmidbauer
(Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Landau)
Carsten Schneider
Walter Schöler
Olaf Scholz
Karsten Schönfeld
Fritz Schösser
Wilfried Schreck
Ottmar Schreiner
Gerhard Schröder
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz
(Everswinkel)
Sven Schulz (Spandau)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelia Sonntag-
Wolgast
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Hans-Jürgen Uhl
Rüdiger Veit
Simone Violka
Jörg Vogelsänger
Ute Vogt (Pforzheim)
Dr. Marlies Volkmer
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Reinhard Weis (Stendal)
Petra Weis
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von
Weizsäcker
Jochen Welt
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel
- Andrea Wicklein
Jürgen Wieczorek (Böhlen)
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidi Wright
Uta Zapf
Manfred Helmut Zöllmer
Dr. Christoph Zöpel
- BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**
- Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Jutta Dümpe-Krüger
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Joseph Fischer (Frankfurt)
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Peter Hettlich
Ulrike Höfken
Thilo Hoppe
Michaele Hustedt
Fritz Kuhn
Renate Künast
Undine Kurth (Quedlinburg)
Markus Kurth
Dr. Reinhard Loske
Anna Lührmann
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Friedrich Ostendorff
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Ingolstadt)
Werner Schulz (Berlin)
Petra Selg
Ursula Sowa
Rainer Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Hans-Christian Ströbele
Jürgen Trittin
Marianne Tritz
Hubert Ulrich
- Dr. Antje Vogel-Sperl
Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Josef Philip Winkler
Margareta Wolf (Frankfurt)
- Fraktionslose Abgeordnete**
- Dr. Gesine Löttsch
Petra Pau
- Nein**
- CDU/CSU**
- Ulrich Adam
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Otto Bernhardt
Dr. Rolf Bietmann
Clemens Binninger
Renate Blank
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Helge Braun
Monika Brünig
Georg Brunnhuber
Verena Butalikakis
Hartmut Büttner
(Schönebeck)
Cajus Julius Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deitert
Albert Deß
Alexander Dobrindt
Vera Dominke
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Anke Eymer (Lübeck)
Georg Fahrenschon
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
- (C)
- (D)

(A)	Dr. Michael Fuchs Hans-Joachim Fuchtel Dr. Jürgen Gehb Norbert Geis Roland Gewalt Eberhard Gienger Michael Glos Ralf Göbel Dr. Reinhard Göhner Tanja Gönner Josef Göppel Peter Götz Ute Granold Kurt-Dieter Grill Reinhard Grindel Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg Olav Gutting Holger-Heinrich Haibach Gerda Hasselfeldt Klaus-Jürgen Hedrich Helmut Heiderich Ursula Heinen Siegfried Helias Uda Carmen Freia Heller Michael Hennrich Jürgen Herrmann Bernd Heynemann Ernst Hinsken Peter Hintze Robert Hochbaum	Rudolf Kraus Michael Kretschmer Günther Krichbaum Günter Krings Dr. Martina Krogmann Dr. Hermann Kues Werner Kuhn (Zingst) Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Dr. Norbert Lammert Helmut Lamp Barbara Lanzinger Werner Lensing Peter Letzgu Ursula Lietz Walter Link (Diepholz) Eduard Lintner Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) Patricia Lips Dr. Michael Luther Dorothee Mantel Erwin Marschewski (Recklinghausen) Stephan Mayer (Altötting) Dr. Conny Mayer (Baiersbronn) Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn) Wolfgang Meckelburg Dr. Michael Meister Dr. Angela Merkel Friedrich Merz Laurenz Meyer (Hamm) Doris Meyer (Tapfheim) Maria Michalk Hans Michelbach Klaus Minkel Stefan Müller (Erlangen) Bernward Müller (Gera) Dr. Gerd Müller Hildegard Müller Henry Nitzsche Michaela Noll Claudia Nolte Günter Nooke Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier Eduard Oswald Melanie Oßwald Rita Pawelski Dr. Peter Paziorek Ulrich Petzold	Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Dr. Friedbert Pflüger Beatrix Philipp Ronald Pofalla Ruprecht Polenz Daniela Raab Thomas Rachel Dr. Peter Ramsauer Helmut Rauber Christa Reichard (Dresden) Hans-Peter Repnik Klaus Riegert Hannelore Roedel Dr. Klaus Rose Kurt J. Rossmanith Dr. Norbert Röttgen Dr. Christian Ruck Volker Rühle Albert Rupprecht (Weiden) Peter Rzepka Hartmut Schauerte Andreas Scheuer Georg Schirmbeck Christian Schmidt (Fürth) Andreas Schmidt (Mülheim) Dr. Andreas Schockenhoff Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Wilhelm Josef Sebastian Kurt Segner Matthias Sehling Marion Seib Heinz Seiffert Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Erika Steinbach Christian von Stetten Gero Storjohann Andreas Storm Max Straubinger Matthäus Strebl Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Antje Tillmann Edeltraut Töpfer Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Uwe Vogel	Andrea Astrid Voßhoff Gerhard Wächter Marko Wanderwitz Peter Weiß (Emmendingen) Klaus-Peter Willisch Willy Wimmer (Neuss) Matthias Wissmann Werner Wittlich Dagmar Wöhrl Elke Wülfing Wolfgang Zeitlmann Wolfgang Zöllner Willi Zylajew	(C)
			FDP Daniel Bahr (Münster) Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Helga Daub Jörg van Essen Otto Fricke Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Gutmacher Christoph Hartmann (Homburg) Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Heinrich L. Kolb Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser- Schnarrenberger Markus Löning Dirk Niebel Eberhard Otto (Gödern) Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Volker Wissing		
(B)			Fraktionslose Abgeordnete Martin Hohmann	(D)	

Damit komme ich zum Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung, der über den Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007, Drucksache 15/3576. Abgegebene Stimmausweise 556, abgegebene Stimmen eben-

falls 556. Mit Ja haben gestimmt 303, mit Nein haben gestimmt 251, Enthaltungen zwei. Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Da freut sich die Umwelt!)

(A)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)	Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg	Friedrich Merz	(C)
	Kerstin Andreae	Veronika Bellmann	Olav Gutting	Laurenz Meyer (Hamm)	
	Marieluise Beck (Bremen)	Dr. Christoph Bergner	Holger-Heinrich Haibach	Doris Meyer (Tapfheim)	
	Volker Beck (Köln)	Otto Bernhardt	Gerda Hasselfeldt	Maria Michalk	
	Cornelia Behm	Dr. Rolf Bietmann	Klaus-Jürgen Hedrich	Hans Michelbach	
	Birgitt Bender	Clemens Binninger	Helmut Heiderich	Klaus Minkel	
	Matthias Berninger	Renate Blank	Ursula Heinen	Stefan Müller (Erlangen)	
	Grietje Bettin	Antje Blumenthal	Siegfried Helias	Bernward Müller (Gera)	
	Alexander Bonde	Dr. Maria Böhmer	Uda Carmen Freia Heller	Dr. Gerd Müller	
	Ekin Deligöz	Jochen Borchert	Michael Hennrich	Hildegard Müller	
	Dr. Thea Dückert	Wolfgang Bosbach	Jürgen Herrmann	Bernd Neumann (Bremen)	
	Jutta Dümpe-Krüger	Klaus Brähmig	Bernd Heynemann	Henry Nitzsche	
	Franziska Eichstädt-Bohlig	Dr. Ralf Brauksiepe	Ernst Hinsken	Michaela Noll	
	Dr. Uschi Eid	Helge Braun	Peter Hintze	Claudia Nolte	
	Hans-Josef Fell	Monika Brüning	Robert Hochbaum	Günter Nooke	
	Joseph Fischer (Frankfurt)	Georg Brunnhuber	Klaus Hofbauer	Dr. Georg Nüßlein	
	Katrin Göring-Eckardt	Verena Butalikakis	Hubert Hüppe	Franz Obermeier	
	Anja Hajduk	Hartmut Büttner (Schönebeck)	Susanne Jaffke	Eduard Oswald	
	Winfried Hermann	Cajus Julius Caesar	Dr. Peter Jahr	Melanie Obwald	
	Antje Hermenau	Manfred Carstens (Emstek)	Bartholomäus Kalb	Rita Pawelski	
	Peter Hettlich	Gitta Connemann	Steffen Kampeter	Dr. Peter Paziorek	
	Ulrike Höfken	Leo Dautzenberg	Irgard Karwatzki	Ulrich Petzold	
	Thilo Hoppe	Hubert Deitert	Bernhard Kaster	Dr. Joachim Pfeiffer	
	Michaele Hustedt	Albert Deß	Siegfried Kauder (Bad Dürrheim)	Sibylle Pfeiffer	
	Fritz Kuhn	Alexander Dobrindt	Volker Kauder	Dr. Friedbert Pflüger	
	Renate Künast	Vera Dominke	Gerlinde Kaupa	Beatrix Philipp	
	Undine Kurth (Quedlinburg)	Marie-Luise Dött	Eckart von Klaeden	Ronald Pofalla	
	Markus Kurth	Maria Eichhorn	Jürgen Klimke	Ruprecht Polenz	
	Dr. Reinhard Loske	Anke Eymer (Lübeck)	Julia Klöckner	Daniela Raab	
	Anna Lührmann	Georg Fahrenschohn	Kristina Köhler (Wiesbaden)	Thomas Rachel	
	Jerzy Montag	Ilse Falk	Manfred Kolbe	Dr. Peter Ramsauer	
	Kerstin Müller (Köln)	Dr. Hans Georg Faust	Norbert Königshofen	Helmut Rauber	
	Winfried Nachtwei	Albrecht Feibel	Thomas Kossendey	Christa Reichard (Dresden)	
(B)	Christa Nickels	Enak Ferlemann	Rudolf Kraus	Hans-Peter Repnik	(D)
	Friedrich Ostendorff	Ingrid Fischbach	Michael Kretschmer	Klaus Riegert	
	Simone Probst	Hartwig Fischer (Göttingen)	Günther Krichbaum	Hannelore Roedel	
	Claudia Roth (Augsburg)	Dirk Fischer (Hamburg)	Günter Krings	Dr. Klaus Rose	
	Krista Sager	Axel E. Fischer (Karlsruhe- Land)	Dr. Martina Krogmann	Kurt J. Rossmannith	
	Christine Scheel	Dr. Maria Flachsbath	Dr. Hermann Kues	Dr. Norbert Röttgen	
	Irmingard Schewe-Gerigk	Klaus-Peter Flosbach	Werner Kuhn (Zingst)	Dr. Christian Ruck	
	Rezzo Schlauch	Herbert Frankenhauser	Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)	Volker Rühle	
	Albert Schmidt (Ingolstadt)	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)	Dr. Norbert Lammert	Albert Rupprecht (Weiden)	
	Werner Schulz (Berlin)	Erich G. Fritz	Helmut Lamp	Peter Rzepka	
	Petra Selg	Jochen-Konrad Fromme	Barbara Lanzinger	Hartmut Schauerte	
	Ursula Sowa	Dr. Michael Fuchs	Werner Lensing	Andreas Scheuer	
	Rainer Steenblock	Hans-Joachim Fuchtel	Peter Letzgus	Georg Schirmbeck	
	Silke Stokar von Neuforn	Dr. Jürgen Gehb	Ursula Lietz	Christian Schmidt (Fürth)	
	Hans-Christian Ströbele	Norbert Geis	Walter Link (Diepholz)	Andreas Schmidt (Mülheim)	
	Jürgen Trittin	Roland Gewalt	Eduard Lintner	Dr. Andreas Schockenhoff	
	Marianne Tritz	Eberhard Gienger	Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)	Dr. Ole Schröder	
	Hubert Ulrich	Michael Glos	Patricia Lips	Bernhard Schulte-Drüggelte	
	Dr. Antje Vogel-Sperl	Ralf Göbel	Dr. Michael Luther	Uwe Schummer	
	Dr. Antje Vollmer	Dr. Reinhard Göhner	Dorothee Mantel	Wilhelm Josef Sebastian	
	Dr. Ludger Volmer	Tanja Gönner	Erwin Marschewski (Recklinghausen)	Kurt Segner	
	Josef Philip Winkler	Josef Göppel	Stephan Mayer (Altötting)	Matthias Sehling	
	Margareta Wolf (Frankfurt)	Peter Götz	Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)	Marion Seib	
	Nein	Ute Granold	Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)	Heinz Seiffert	
	CDU/CSU	Kurt-Dieter Grill	Wolfgang Meckelburg	Bernd Siebert	
	Ulrich Adam	Reinhard Grindel	Dr. Michael Meister	Thomas Silberhorn	
	Peter Altmaier	Michael Grosse-Brömer	Dr. Angela Merkel	Johannes Singhammer	
	Dietrich Austermann	Manfred Grund		Jens Spahn	
	Norbert Barthle			Erika Steinbach	
	Dr. Wolf Bauer			Christian von Stetten	
	Günter Baumann			Gero Storjohann	
				Andreas Storm	
				Max Straubinger	
				Matthäus Strebl	

(A)	Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Antje Tillmann Edeltraut Töpfer Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Uwe Vogel Andrea Astrid Voßhoff Gerhard Wächter Marko Wanderwitz Peter Weiß (Emmendingen) Klaus-Peter Willsch Willy Wimmer (Neuss) Matthias Wissmann Werner Wittlich Dagmar Wöhrl	Elke Wülfing Wolfgang Zeitlmann Wolfgang Zöllner Willi Zylajew FDP Daniel Bahr (Münster) Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Helga Daub Jörg van Essen Otto Fricke Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Gutmacher	Christoph Hartmann (Homburg) Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Heinrich L. Kolb Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser- Schnarrenberger Markus Löning Dirk Niebel Eberhard Otto (Gödem) Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart	Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Volker Wissing Fraktionslose Abgeordnete Martin Hohmann Enthalten Fraktionslose Abgeordnete Dr. Gesine Löttsch Petra Pau	(C)
-----	---	---	---	---	-----

In beiden Fällen ist damit der Einspruch des Bundesrates zurückgewiesen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Dienstag, den 7. September 2004, 10 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen heiteren Sommer.

Die Sitzung ist geschlossen.

(B) (Schluss: 15.44 Uhr) (D)

(A) **Berichtigungen**

119. Sitzung, Seite 10932 (A), Anlage 3, ist wie folgt zu lesen:

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Albert Deß, Franz Obermeier, Dr. Gerd Müller, Thomas Silberhorn, Klaus Hofbauer und Alexander Dobrindt¹⁾ (alle CDU/CSU) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Umsetzung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (Zusatztagsordnungspunkt 11)

Die Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), vom Juni 2003 bringen für unsere Landwirte große Belastungen in Form von Preissenkungen und Kürzungen der Ausgleichszahlungen. Verursacht wurde dies durch die schlechte Verhandlungsführung der Bundesregierung bei den Luxemburger Beschlüssen. Vorgesehen ist der sofortige und vollständige Wegfall der Bewirtschaftungsverpflichtung. Damit wird in einigen Nahrungsmittelbereichen ein enormer Strukturwandel einsetzen mit der Folge, dass Produktionspotenziale aus Deutschland abwandern und damit viele Arbeitsplätze gefährdet sind.

Die Bundesregierung und die Regierungskoalition haben aus den EU-Vorgaben zur Entkoppelung von der Produktion jeweils die schlechtesten Optionen ausgewählt. Durch die betriebliche Umverteilung der Direktzahlungen wären nach diesen Entwürfen insbesondere die leistungsstarken Vieh haltenden Betriebe belastet worden. Außerdem wären durch die Verknüpfung der künftigen Direktzahlungen mit überzogenen Bewirtschaftungsaufgaben die Belastungen für die Landwirte und die Landwirtschaft unerträglich verschärft worden.

Der Bundesrat hat mit der Mehrheit der unionsregierten Länder diese Gesetzentwürfe zu Recht abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Aufgrund des Einsatzes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gerda Hasselfeldt, MdB, und der unionsregierten Länder konnten grundlegende Verbesserungen erreicht werden: Die Strukturbrüche werden abgemildert; die Direktzahlungen bleiben den aktiv wirtschaftenden Betrieben länger und umfangreicher erhalten und werden erst ab 2010 statt 2007 schrittweise in eine einheitliche regionale Flächenprämie abgeschmolzen; bei der Umsetzung der so genannten Cross-Compliance-Vorschriften konnte eine Entschärfung der bürokratischen Auflagen erreicht werden; mit der Änderung des Grünland-Umbruchsverbotes in ein Grünland-Erhaltungsgebot können die Länder in Anlehnung an das EU-Recht flexiblere Regelungen erlassen.

Nicht akzeptabel ist jedoch die in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Regierungskoalition

¹⁾ Die Namen der Abgeordneten Franz Obermeier, Dr. Gerd Müller, Thomas Silberhorn, Klaus Hofbauer und Alexander Dobrindt sind irrtümlich unter einer anderen Erklärung nach § 31 GO zu demselben Tagesordnungspunkt (vgl. Anlage 2) aufgeführt worden.

vorgesehene regionale Umverteilung der Ausgleichsmittel. Diese nimmt den bayerischen Landwirten jährlich rund 22 Millionen Euro Ausgleichszahlungen weg. Bayern ist mit seinem großen Anteil an der Milchwirtschaft besonders benachteiligt, weil es nicht gelungen ist, die Milchausgleichszahlungen bis 2013 betriebsbezogen zu erhalten.

Durch die von Frau Künast zu verantwortenden Luxemburger Beschlüsse werden die Milchbauern – ganz gleich, wie die Reform umgesetzt wird – massiv benachteiligt.

Ebenso wurde versäumt, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip eine Ermächtigung in das GAP-Umsetzungsgesetz aufzunehmen. Eine solche Wahlmöglichkeit hätte es den Ländern erlaubt, statt des komplizierten und gerade für die aktiv wirtschaftenden Betriebe nachteiligen regionalen Flächenmodells das EU-Standardmodell „Betriebsprämie“ einzuführen. Aufgrund einer solchen Ermächtigung hätten Bayern und andere interessierte Länder dieses „Betriebsprämien-Modell“ praktizieren können wie das Nachbarland Österreich und andere wichtige EU-Agrarmitbewerberländer wie Frankreich, die Niederlande, Belgien, Italien, Irland, Portugal, Spanien, Griechenland und Teile von Großbritannien. Auf diese Weise hätte ein weiterer schwerwiegender Wettbewerbsnachteil für die bayerischen Landwirte verhindert werden können.

Ein Hauptgrund für die Ablehnung ist jedoch, dass mit diesen Beschlüssen ein weiterer Irrweg in der Gestaltung der europäischen Agrarpolitik umgesetzt wird. Statt konsequent auf Mengenreduzierung und Marktentlastung zu setzen, werden den Bauern Agrarpreise zugemutet, die weitgehend nicht einmal die Produktionskosten decken. Mit den Luxemburger Beschlüssen hat Frau Künast einem Agrarmodell zugestimmt, das auf Dauer in der Gesellschaft nicht konsensfähig ist.

Wegen dieser schwerwiegenden Mängel können wir dem GAP-Umsetzungsgesetz nicht zustimmen.

119. Sitzung, Seite 10931 (B), Anlage 2:

Den Namen der Unterzeichner der Erklärung nach § 31 GO (vgl. Anlage 2) ist hinzuzufügen der Name: **Wolfgang Zöller**. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vom Juni 2003, die wesentlich durch die schlechte Verhandlungsführung der Bundesregierung mit verursacht wurden, bringen für unsere Landwirte große Belastungen in Form von Preissenkungen und Kürzungen der Ausgleichszahlungen. Mit dem sofortigen und vollständigen Wegfall der Bewirtschaftungsverpflichtung in der Landwirtschaft als Voraussetzung für Ausgleichszahlungen besteht die Gefahr, dass in einem enormen Strukturwandel in einigen Nahrungsmittelbereichen Produktionspotenziale aus Deutschland abwandern.

Diese Belastungen aus den EU-Beschlüssen sollten durch die Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Regierungskoalition zur Umsetzung der GAP-Re-

(A) form noch verstärkt werden. Nach diesen Entwürfen wären durch die betriebliche Umverteilung der Direktzahlungen insbesondere die leistungsstarken Vieh haltenden Betriebe belastet worden. Außerdem wären durch die Verknüpfung der künftigen Direktzahlungen mit überzogenen Bewirtschaftungsauflagen die Belastungen für die Landwirte und die Landwirtschaft unerträglich verschärft worden.

Der Bundesrat hat mit seiner Mehrheit der unionsregierten Länder diese Gesetzentwürfe zu Recht abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Aufgrund des Einsatzes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der unionsregierten Länder konnten wesentliche Verbesserungen erreicht werden.

Die Strukturbrüche werden abgemildert, die Direktzahlungen bleiben den aktiv wirtschaftenden Betrieben länger und umfangreicher erhalten und werden erst ab 2010 statt 2007 schrittweise in eine einheitliche regionale Flächenprämie abgeschmolzen. Bei der Umsetzung

der so genannten Cross-Compliance-Vorschriften konnte eine Entschärfung der bürokratischen Auflagen erreicht werden. Mit der Änderung des Grünland-Umbruchsverbotes in ein Grünland-Erhaltungsgebot können die Länder in Anlehnung an das EU-Recht flexiblere Regelungen erlassen. (C)

Vor dem Hintergrund dieser Verbesserungen und der nunmehr gewonnenen Planungssicherheit für die Landwirte ist den Gesetzentwürfen in der vom Vermittlungsausschuss geänderten Fassung zuzustimmen.

Unbefriedigend ist jedoch die in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Regierungskoalition vorgesehene regionale Umverteilung der Ausgleichsmittel, die aber nicht Gegenstand des Vermittlungsverfahrens war. In den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen führt dies zu zusätzlichen Kürzungen der Ausgleichszahlungen bei den Landwirten von bis zu 5 Prozent und zu entsprechenden Wettbewerbsverzerrungen.

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Bleser, Peter	CDU/CSU	09.07.2004
Brüderle, Rainer	FDP	09.07.2004
Flach, Ulrike	FDP	09.07.2004
Girisch, Georg	CDU/CSU	09.07.2004
Dr. Götzer, Wolfgang	CDU/CSU	09.07.2004*
Dr. Happach-Kasan, Christel	FDP	09.07.2004
Hörster, Joachim	CDU/CSU	09.07.2004
Dr. Hoyer, Werner	FDP	09.07.2004
Dr. Jüttner, Egon	CDU/CSU	09.07.2004
Kauch, Michael	FDP	09.07.2004
Kopp, Gudrun	FDP	09.07.2004
(B) Laumann, Karl-Josef	CDU/CSU	09.07.2004
Lengsfeld, Vera	CDU/CSU	09.07.2004
Lenke, Ina	FDP	09.07.2004
Mortler, Marlene	CDU/CSU	09.07.2004
Nolting, Günther Friedrich	FDP	09.07.2004
Otto (Frankfurt), Hans-Joachim	FDP	09.07.2004
Parr, Detlef	FDP	09.07.2004
Raidel, Hans	CDU/CSU	09.07.2004*
Reiche, Katherina	CDU/CSU	09.07.2004
Dr. Rexrodt, Günter	FDP	09.07.2004
Dr. Riesenhuber, Heinz	CDU/CSU	09.07.2004
Romer, Franz	CDU/CSU	09.07.2004
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm	CDU/CSU	09.07.2004
Schindler, Norbert	CDU/CSU	09.07.2004
Schmidbauer, Bernd	CDU/CSU	09.07.2004

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Seehofer, Horst	CDU/CSU	09.07.2004
Wellenreuther, Ingo	CDU/CSU	09.07.2004
Widmann-Mauz, Annette	CDU/CSU	09.07.2004
Dr. Peter Gauweiler	CDU/CSU	09.07.2004

* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Anlage 2**Amtliche Mitteilungen**

Der Vermittlungsausschuss hat in seiner 34. Sitzung zu dem vom Deutschen Bundestag am 7. Mai 2004 beschlossenen **Gesetz zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenachwuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation (Berufsausbildungssicherungsgesetz – BerASichG)** das Verfahren ohne Einigungsvorschlag abgeschlossen.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht: (D)

Auswärtiger Ausschuss

– Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union/interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung (WEU/iEVSV)

über die Tagung der Versammlung vom 1. bis 3. Dezember 2003 in Paris

– Drucksachen 15/2785, 15/3033 Nr. 2 –

– Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 26. bis 30. Januar 2004 in Straßburg

– Drucksachen 15/2788, 15/3033 Nr. 3 –

Finanzausschuss

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Unterrichtung der Bundesregierung über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2003 der EU-Mitgliedstaaten

– Drucksachen 15/3130, 15/3251 Nr. 3 –

- (A) **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**
- Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über Kinderarbeit in Deutschland
– Drucksachen 14/3500, 15/345 Nr. 47 –
 - Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland 2001 im Jahre 2001
– Drucksachen 15/279, 15/446 Nr. 1 –
 - Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2001 (Rüstungsexportbericht 2001)
– Drucksache 15/230 –
 - Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung zu den Möglichkeiten der Erhöhung der Transparenz des Rüstungsexportberichts
– Drucksache 15/2256 –
 - Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2002 (Rüstungsexportbericht 2002)
– Drucksache 15/2257 –
- (C)
- Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht über die energiewirtschaftlichen und wettbewerblchen Wirkungen der Verbändevereinbarungen (Monitoring-Bericht)
– Drucksachen 15/1510, 15/1608 Nr. 1 –
 - Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem Vergaberechtsänderungsgesetz
– Drucksachen 15/2034, 15/2105 Nr. 1 –
- Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**
- Unterrichtung durch die Bundesregierung
Wohngeld- und Mietenbericht 2002
– Drucksache 15/2200 –
- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**
- Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung
Technikfolgenabschätzung
hier: Sachstandsbericht – „Langzeit- und Querschnittsfragen in europäischen Regierungen und Parlamenten“
– Drucksache 15/2129 –

